

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen
am 12.05.2015**

um 17:05 Uhr bis 19:25 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Lothar Sill

Ratsmitglieder

Herr Ottmar Gebhardt

für Frau Kreimendahl

Herr André Hüsgen

für Herrn Pohl

Herr Lothar Krebs

Frau Christine Krupp

Frau Brigitte Neff-Wetzel

Herr David Schichel

Herr Alexander Schmidt

Herr Norbert Schmitz

Sachkundige Bürger/innen

Frau Corinna Hindrichs

Herr Yannick Plasberg

Herr Paul Uwe Schabla

Frau Dorothea Schlächter

Frau Erika Schmitz

für Frau Acker

Frau Ursula Wilberg

Herr Darius Youssofi

Sachkundige Einwohner/innen

Herr José Ramón Álvarez Orzáez

Firma Ursula Durach

vom Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung

Frau Annette Potthoff

Beigeordneter

Herr Thomas Neuhaus

von der Verwaltung

Herr Domingo Estrany Dreßler

Frau Petra Hellmann-Wien

Schriftführer/in

Frau Silke Eller

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|---|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 24.03.2015 |
| 3 | | Berichte aus den Beiräten |
| 4 | | Inklusionsplanung und deren Umsetzungsmöglichkeiten für Remscheid - Vortrag Beig. Neuhaus |
| 5 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/0893 | Fachkräftemangel entgegenwirken - Flüchtlinge werden gebraucht - Anfrage der SPD-Fraktion |
| 5.1.1 | 15/1169 | Fachkräftemangel entgegenwirken – Flüchtlinge werden gebraucht |
| 5.2 | 15/1317 | Ungleiche Bezahlung von Mitarbeitern im Jobcenter - Anfrage der CDU-Fraktion |
| 6 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 6.1 | 15/1062 | Netzwerk "Jedem Kind alle Chancen - Gutes Aufwachsen für alle Kinder in Remscheid"
- Berichterstattung - |
| 6.2 | 15/1067 | Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung
hier: Festlegung kommunaler Ziele zur Einhaltung der Planansätze 2015 im Produkt 05.02.01 - Jobcenter - im Rahmen der trilateralen Zielvereinbarung 2015 |
| 6.3 | 15/1263 | Bericht zur Durchführung der Aufgaben im Zuständigkeitsbereich des Fachdienstes Jugend, Soziales und Wohnen im Jahr 2014 |
| 6.4 | 15/1295 | Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion 15/1198 |
| 6.5 | 15/1332 | Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zu Steuerungsmöglichkeiten im SGB XII und VII im ASGW am 24.03.2015 |
| 7 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 9 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 9.1 | 15/1231 | Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, B90/DIE GRÜNEN, FDP, W.i.R. - Der Langzeitarbeitslosigkeit den Nachwuchs entziehen |

- 9.2** 15/1270 Einrichtung eines mobilen, aufsuchenden Bürgerservice - Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 9.3** 15/0898 Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung einer Inklusionsplanung für die Kommune
- 9.4** 15/1136 Fortschreibung des Armutsberichtes von 2005
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19.02.2015
- 9.5** 15/1137 Nicht verausgabte Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19.02.2015
- 10** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1** Sozialpass - Anfrage von Herrn Schmitz
- 11** 15/1134 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigung und Qualifizierung
- Beiratsneubesetzung

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Folgende Nachträge und Tischvorlagen werden auf die Tagesordnung gesetzt:

TOP 5.2: DS 15/1317 - Ungleiche Bezahlung von Mitarbeitern im Jobcenter - Anfrage der CDU-Fraktion

TOP 6.4: DS 15/1295 - Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion 15/1198

TOP 6.5: DS 15/1332 - Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zu Steuerungsmöglichkeiten im SGB XII und VII im ASGW am 24.03.2015

TOP 9.4: DS 15/1136 - Fortschreibung des Armutsberichtes von 2005

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19.02.2015

TOP 9.5: DS 15/1137 - nicht verausgabte Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket - Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19.02.2015

2. Niederschrift über die Sitzung vom 24.03.2015

Es werden keine Änderungen/Ergänzungen beantragt.

3. Berichte aus den Beiräten

Es werden keine Berichte aus dem Seniorenbeirat und dem Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung abgegeben.

Herr Schmitz regt an, zukünftig auch die Vorsitzende des Jugendrates zu den Sitzungen einzuladen, die unter diesem Tagesordnungspunkt über die Arbeit ihres Gremiums berichten könnte.

4. Inklusionsplanung und deren Umsetzungsmöglichkeiten für Remscheid - Vortrag Beig. Neuhaus

Beig. Neuhaus stellt die Inklusionsplanung vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Er informiert u. a. darüber, dass es die Möglichkeit gibt, bei der „Aktion Mensch“ einen Förderantrag zu stellen. Das Augusta-Hardt-Heim hat bereits einen Antrag für ein Quartiersprojekt gestellt, nach Auskunft der Stiftung sind aber durchaus mehrere Anträge aus einer Kommune möglich.

Es können Fördermittel in Höhe von 250.000 Euro beantragt werden, aber 20 % Eigenanteil sind vom Antragsteller zu finanzieren. Die Förderung läuft über drei Jahre.

Herr Gebhardt fragt nach, ob die Stadt Remscheid die Träger bei der Finanzierung des Eigenanteils unterstützt. Beig. Neuhaus weist darauf hin, dass dazu ein politischer Beschluss

nötig wäre. Dann könnten ggf. zweckgebundene Zuweisungen an die Träger ausgezahlt werden.

Herr Krebs erläutert auf Nachfrage von Herrn Schichel den Antrag seiner Fraktion zur Inklusionsplanung, der unter TOP 9.3 auf der Tagesordnung steht. Ausgangspunkt des Antrags war die Verantwortlichkeit der Kommune für die Erstellung einer Inklusionsplanung. Nach den Ausführungen von Beig. Neuhaus stellt sich die Situation etwas anders dar, da die freien Träger als mögliche Förderantragsteller stark in das Thema einzubinden sind. Seiner Meinung nach sollen aber Inhalte und Qualität eines Inklusionskonzeptes in der Verantwortung der Stadt bleiben. Da es sich um ein Querschnittsthema handelt, sollte der Antrag seiner Fraktion in alle Fachausschüsse und Beiräte eingebracht werden.

Beig. Neuhaus sieht ebenfalls die Verantwortung der Verwaltung. Als erste Projektgruppe sieht er dabei den Verwaltungsvorstand. Fördermöglichkeiten wie die über die „Aktion Mensch“ stellen nur zusätzliche Ressourcen dar.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

5.1. Fachkräftemangel entgegenwirken - Flüchtlinge werden gebraucht - Anfrage der SPD-Fraktion Vorlage: 15/0893

Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.1.1 werden zusammen behandelt.

Von der Anfrage wird Kenntnis genommen.

5.1.1. Fachkräftemangel entgegenwirken – Flüchtlinge werden gebraucht Vorlage: 15/1169

Herr Klebe informiert darüber, dass zeitlich befristet bis Februar 2016 zwei zusätzliche Vermittlungsfachkräfte eingestellt werden.

Beig. Neuhaus weist darauf hin, dass sein Dezernat nur für die syrischen Kontingentflüchtlinge zuständig ist. Für alle anderen Flüchtlinge ist der Zentraldienst Integration und Migration im Zentralbereich des Oberbürgermeisters zuständig.

Von der Mitteilung wird Kenntnis genommen.

5.2. Ungleiche Bezahlung von Mitarbeitern im Jobcenter - Anfrage der CDU-Fraktion Vorlage: 15/1317

Beig. Neuhaus teilt mit, dass das Problem bekannt ist. Die ungleiche Bezahlung basiert auf einem ungleichen Tarifgefüge. Die Verwaltung prüft zurzeit, ob es rechtlich und finanziell möglich ist, die Differenz in der Bezahlung durch Zuschläge auszugleichen. In der nächsten Sitzung soll über das Ergebnis berichtet werden.

Frau Krupp bittet darum, in der Vorlage die Gründe für die bestehenden Differenzen darzustellen und die zugrundeliegenden Tarifverträge beizufügen.

Von der Anfrage wird Kenntnis genommen.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

**6.1. Netzwerk "Jedem Kind alle Chancen - Gutes Aufwachsen für alle Kinder in Remscheid"
- Berichterstattung -
Vorlage: 15/1062**

Frau Neff-Wetzel fragt nach, welche Auswirkungen das Ende des Projektes haben wird.

Frau Hellmann-Wien erwartet mit dem Wegfall der Fördermittel einen starken Einschnitt. Es wird versucht, dass Projekt zu verstetigen. Die bisherigen Akteure wollen sich weiterhin beteiligen. Anfang Juni wird es dazu ein Werkstattgespräch geben.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**6.2. Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung
hier: Festlegung kommunaler Ziele zur Einhaltung der Planansätze 2015 im Produkt 05.02.01 - Jobcenter - im Rahmen der trilateralen Zielvereinbarung 2015
Vorlage: 15/1067**

Der Ausschuss nimmt die vorgestellten kommunalen Ziele zur Einhaltung der Planansätze 2015 im Produkt 05.02.01 - Jobcenter - im Rahmen der trilateralen Zielvereinbarung 2015 als Maßnahme im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zur Kenntnis.

Herr Schichel berichtet, dass in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses von Herrn Beig. Neuhaus ein weiterer Bericht in ca. 6 Monaten zugesagt worden ist. Er bittet darum, diesen auch dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen zur Kenntnis zu geben.

Beig. Neuhaus sagt eine weitere Berichterstattung zu. Frau Neff-Wetzel ist der Ansicht, dass die Erstellung der Berichte sehr arbeitsintensiv ist und fragt nach, ob das Personal im Jobcenter das leisten kann. Beig. Neuhaus erklärt, dass er die Personalausstattung im Moment für ausreichend hält, da sich die Stellensituation im Jobcenter stabilisiert hat.

**6.3. Bericht zur Durchführung der Aufgaben im Zuständigkeitsbereich des Fachdienstes Jugend, Soziales und Wohnen im Jahr 2014
Vorlage: 15/1263**

Von der Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache Kenntnis genommen.

**6.4. Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion 15/1198
Vorlage: 15/1295**

Herr Schmitz bittet um weitere Informationen zur Produktionsschule.

Beig. Neuhaus erklärt, dass es unterschiedliche Varianten gibt, von denen für die Stadt Remscheid zwei maßgeblich sind. Für weitergehende Informationen sollte es dazu in einer späteren Sitzung einen eigenen Tagesordnungspunkt geben.

Herr Gebhardt fragt nach, warum das Jobcenter Remscheid die Implementierung einer Produktionsschule mit Kofinanzierung aus dem Landes-ESF-Programm des MAIS NRW erst ab dem Schuljahr 2016/2017 plant und nicht bereits früher.

Herr Klebe berichtet, dass eine frühere Umsetzung geplant war, diese aber nicht realisiert werden konnte.

Von der Antwort der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

**6.5. Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zu Steuerungsmöglichkeiten im SGB XII und VII im ASGW am 24.03.2015
Vorlage: 15/1332**

Von der Antwort der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Berichte vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Es wurden keine Vorschläge zur Tagesordnung gemacht.

9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**9.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, B90/DIE GRÜNEN, FDP, W.i.R. - Der Langzeitarbeitslosigkeit den Nachwuchs entziehen
Vorlage: 15/1231**

Herr Schichel erläutert den Antrag und macht nochmal deutlich, dass dieser in erster Linie auf den ersten Arbeitsmarkt zielt.

Frau Neff-Wetzel sieht ein Problem in der Selbstverpflichtung und bittet um eine Konkretisierung. Sie teilt mit, dass ihre Fraktion einen Antrag zum gleichen Thema in die nächste Ratsitzung einbringen wird.

Herr Schmidt fragt nach, ob die Verwaltung bis zur Sitzung im Herbst Zahlen vorlegen kann. Beig. Neuhaus berichtet, dass Jobcenter und Arbeitsagentur es im letzten Jahr geschafft haben, die Jugendarbeitslosigkeit um 20 % zu senken. Außerdem teilt er mit, dass er im Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss angekündigt hat, dass er einen Vorschlag für ein Sozialdatenmonitoring erarbeiten wird. Damit können regelmäßig aktuelle Zahlen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Klebe berichtet, dass das große Dilemma bei der Jugendarbeitslosigkeit der fehlende Schul- bzw. Ausbildungsabschluss ist. Jugendliche ohne Abschluss sind kaum vermittelbar. Daher müssen Maßnahmen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit bereits früh in den Schulen angesetzt werden. Und die Eltern müssen immer stärker mit eingebunden werden, z. B. mit speziellen Elternabenden. Eine Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit auf Null

wird aber nie erreicht werden. Es wird immer Jugendliche geben, die auch mit den unterschiedlichsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht erreicht werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird gebeten Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel den Ausbildungskonsens zu einem Ausbildungspakt auszuweiten mit der Selbstverpflichtung die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb von zwei Jahren deutlich zu senken. An erster Stelle steht hier der erste Arbeitsmarkt (Qualifizierung). Darüber hinaus müssen auch die Anstrengungen im Bereich des zweiten und dritten Arbeitsmarkts intensiviert werden. Ein Baustein ist hier die Nutzung von Förderprogrammen, wie z.B. das ESF- Bundesprogramm Assistierte Ausbildung.
2. Die Stadt Remscheid nimmt Gespräche mit Jobcenter und Arbeitsagentur auf mit dem Ziel der Einrichtung einer Jugendberufsagentur.

**9.2. Einrichtung eines mobilen, aufsuchenden Bürgerservice - Antrag der Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 15/1270**

Die Fraktion DIE LINKE hat den ursprünglichen Antrag konkretisiert. Auf Nachfrage von Herrn Gebhardt teilt Frau Neff-Wetzel mit, dass es laut Auskunft der Verwaltung bereits in einigen Bereichen einen Service gibt, aber nicht grundsätzlich. Im Rahmen der Prüfung sollten die bestehenden Serviceleistungen auch dargestellt werden.

Herr Krebs erinnert an die bestehenden Haushaltsbeschlüsse, die einzuhalten sind.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, für Personen mit Mobilitätseinschränkungen, für alle Dienstleistungen der Verwaltung bei denen das persönliche Erscheinen notwendig ist, einen aufsuchenden Verwaltungsservice (Bürgerservice) im Stadtgebiet einzurichten. Weiterhin soll geprüft werden, welche Kosten für diesen bürgerefreundlichen Service entstehen und in wie weit diese schon durch Einsparung bei der Schließung von Bürgerbüros kompensiert sind.

9.3. Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung einer Inklusionsplanung für die Kommune
Vorlage: 15/0898

Der Antrag wurde inhaltlich unter Tagesordnungspunkt 4 behandelt.

Herr Schmidt regt an, den Beschluss wie im Ausschuss für Schule zu fassen. Der Vorsitzende lässt über den Beschluss wie im Schulausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen schließt sich der Beschlussfassung des Ausschusses für Schule an und empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung möge mittelfristig einen umfassenden Inklusionsplan für die Kommune erstellen und hierzu eine Projektgruppe zum Thema Inklusion bilden.
2. Da Inklusion ein übergreifendes Thema ist, sollte die Erarbeitung des Inklusionsplans in mehreren Teilschritten erfolgen.
3. Der Ausschuss für Schule empfiehlt das Thema Inklusion in allen Fachausschüssen sowie Beiräten einzubringen.

9.4. Fortschreibung des Armutsberichtes von 2005
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19.02.2015
Vorlage: 15/1136

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass trotz enger Personaldecke der Armutsbericht aktualisiert werden muss. Beig. Neuhaus erklärt, dass die Aktualisierung ca. 60.000 Euro kosten würde. Alternativ schlägt er vor, ein Sozialdatenmonitoring einzuführen mit regelmäßig aktualisierten Daten und Handlungsempfehlungen.

Außerdem informiert er über das Förderprogramm „NRW hält zusammen gegen Armut und Ausgrenzung in NRW“. Eine Information dazu ist als Anlage 1 beigefügt.

Herr Krebs bittet darum, einen Entwurf mit den Eckpunkten des Monitorings in der nächste Sitzung vorzustellen und mit dem Ausschuss abzustimmen. Außerdem beantragt er, dass dem Ausschuss regelmäßig die entsprechenden Controllingberichte der Verwaltung vorgelegt werden sollen, die bereits regelmäßig erstellt werden und keinen zusätzlichen Personalaufwand verursachen.

Nach einer eingehenden Diskussion über eine mögliche Form des Berichtes lässt der Vorsitzende über seinen Vorschlag abstimmen, sowohl den Antrag der Fraktion DIE LINKE als auch den Antrag von Herrn Krebs zu vertagen. Die Verwaltung soll in der nächsten Sitzung einen Alternativvorschlag für eine regelmäßige Berichterstattung vorstellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Antrag von Herrn Krebs werden vertagt. Die Verwaltung soll in der nächsten Sitzung einen Alternativvorschlag für eine regelmäßige Berichterstattung vorstellen.

**9.5. Nicht verausgabte Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19.02.2015
Vorlage: 15/1137**

Beig. Neuhaus teilt mit, dass der Betrag inzwischen bei der Stadt Remscheid eingegangen ist. Da dieser dem Haushaltsjahr 2012 zuzuordnen ist und keiner Zweckbindung unterliegt, wird er zur allgemeinen Deckung im Haushalt eingesetzt. Auch wenn der zurückerstattete Betrag nicht direkt im Sinne des Antrags der Fraktion DIE LINKE für bedürftige Kinder zur Verfügung steht, wird aus dem allgemeinen Haushalt z. B. die Schulsozialarbeit weiterfinanziert.

Die Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes sind erst seit dem laufenden Haushaltsjahr zweckgebunden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 1 Nein 16 Enthaltungen 0

Beschluss (abgelehnt):

Aufgrund eines aktuellen Urteils des Bundessozialgerichts vom 10. März 2015, stehen der Stadt Remscheid 474.000 Euro der nicht verausgabten Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaketes zu. Dieses Geld ist unmittelbar seinem eigentlichen Verwendungszweck zuzuführen.

Die gesamte Summe steht den bedürftigen Remscheider Kindern zur Verfügung und wird für alle Bereiche des Bildungs- und Teilhabepaketes verwendet. (Mittagessen, ein- oder mehrtägige Klassenfahrt, Lernförderung, Teilnahme an sportlichen oder kulturellen Veranstaltungen..)

Die Verwaltung legt dem Rat der Stadt am Ende des Jahres 2015 eine detaillierte Aufstellung über die Verwendung der Mittel vor.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

10.1. Sozialpass - Anfrage von Herrn Schmitz

Herr Schmitz bittet darum, dass Thema Sozialpass in der nächsten Sitzung zu behandeln. Aufgrund gestiegener Eintrittspreise ist es für Personen mit geringem Einkommen u. a. schwieriger geworden, Veranstaltungen im Teo Otto Theater zu besuchen.

**11. Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigung und Qualifizierung
- Beiratsneubesetzung
Vorlage: 15/1134**

Herr Krebs und Herr Gebhard schlagen den Ausschussvorsitzenden Lothar Sill vor.

Die Wahl erfolgt per Handzeichen. Herr Sill wird einstimmig gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt den Vertreter der Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung der Arbeit Remscheid gGmbH, Herrn Beigeordneten Thomas Neuhaus bzw. seine Stellvertreter, folgende Personen in den Beirat der Arbeit Remscheid gGmbH zu bestellen:

1. als Vertreter der im Rat der Stadt Remscheid vertretenen Fraktionen
(jeweils Benennung durch die Fraktionen)

a) _____ (CDU)

b) _____ (SPD)

c) _____ (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

d) _____ (DIE LINKE)

2. als Vertreter des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen:

Herrn Lothar Sill _____ (Vorschlag des Ausschusses)

3. als Vertreter des Jugendhilfeausschusses:

_____ (Vorschlag des Ausschusses)

4. als Vertreter des Sozialdezernates:

Herrn Beigeordneten Thomas Neuhaus _____ (Vorschlag des Oberbürgermeisters)

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte zu behandeln sind, schließt der Vorsitzende die Sitzung.

gez.

Lothar Sill
Vorsitzender

gez.

Silke Eller
Schriftführerin